

Fraktion direkt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Zur Lage

Die Lage im Euro-Raum bessert sich

Zinsen in Europa bewegen sich in die richtige Richtung



Volker Kauder

Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Foto: Tobias Koch

Zum Aufatmen ist es noch zu früh. Doch die Zeichen mehren sich, dass sich nach zwei Jahren der Turbulenzen die Lage im Euro-Raum langsam beruhigt. Die Zinsen, die ein hoch verschuldetes Land wie Portugal für neue Staatsanleihen zahlen muss, sind zuletzt nach unten gegangen. Der Schuldenschnitt in Griechenland verlief weitgehend problemlos. Der Internationale Währungsfonds hat sich bereit erklärt, sich am zweiten Rettungspaket für Griechenland zu beteiligen.

Insgesamt erweist sich damit der Kurs von Bundeskanzlerin Angela Merkel, den die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit großer Mehrheit mitträgt, als richtig. Die Entspannung im Euro-Raum ist die Grundlage für eine weitere solide Entwicklung unserer Wirtschaft. Die Bundesbank sieht gute Chancen für eine erneute Belebung der Konjunktur. Besonders erfreulich am aktuellen Ausblick ist, dass die Unternehmen weiter in erheblichem Umfang Personal einstellen.

Diese Entwicklung wird uns im Bund auch in die Lage versetzen, mittelfristig die Staatsverschuldung zurückzuführen. In diesem Jahr werden wir allerdings wieder etwas mehr Schulden machen, weil wir über acht Milliarden Euro – also zwei Tranchen unserer Bareinlage von knapp 22 Milliarden Euro – in den Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) einzahlen müssen. In den folgenden Jahren wird der Bundesfinanzminister die Vorgaben der Schuldenbremse früher erfüllen als geplant.

Damit zeigt sich wieder, dass die Union mit Geld umgehen kann. Genau diese Fähigkeit fehlt der rot-grünen Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, wie sie in den vergangenen zwei Jahren unter Beweis gestellt hat. Das Landesverfassungsgericht hat den Nachtragshaushalt 2010 für NRW sogar ausdrücklich als rechtswidrig angesehen. Im Wahlkampf des größten deutschen Bundeslandes müssen wir deutlich machen, dass solide Staatsfinanzen Voraussetzung für das Wohlergehen des Landes sind.

Glückwunsch an Joachim Gauck

Am vergangenen Sonntag hat die Bundesversammlung Joachim Gauck zum neuen Bundespräsidenten gewählt. Wir wünschen ihm alles Gute in dem höchsten Staatsamt. Gauck hat eine eindrucksvolle Biografie, aus der er schöpfen wird. Er wird neue und andere Impulse setzen als seine Vorgänger. Wir sollten ihm die Zeit zugestehen, sich in seinem Amt einzurichten.

Volker Kauder

Inhalt

Die Lage im Euro-Raum bessert sich	1
Unser Haushalt ist vorbildlich	2
„Ja zur Verantwortung“	3
„So wahr mir Gott helfe“	4
Bundestag will Menschen zur Organspende ermutigen	5
Assad muss Friedensplan annehmen	6
Fragen und Antworten zum Fiskalvertrag	6
Rentner erhalten mehr Geld	7
Qualitätsschub im Klassenzimmer	7
Industrie ist das Rückgrat der Wirtschaft	8
„Wir wollen ein starkes Russland“	9
Letzte Seite	10

Impressum

Herausgeber
Peter Altmaier MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantwort.)

Telefon (030) 227 53015
Telefax (030) 227 56660
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Unser Haushalt ist vorbildlich

Meilenstein auf dem Weg zum schuldenfreien Etat



Peter Altmaier
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

Wer wissen will, warum Deutschland Vorbild bei der Bewältigung der Krise in der Euro-Zone ist, braucht sich nur den Finanzplan für die Jahre bis 2016 anzuschauen, dessen Eckwerte das Kabinett in dieser Woche beschlossen hat. Er ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einem schuldenfreien Etat. Tatsächlich werden sogar zwei Meilensteine erreicht: Zum einen wird der Bund bereits 2014 bei der strukturellen Neuverschuldung die Zielmarke von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts unterschreiten können – also zwei Jahre früher als gesetzlich vorgesehen; zum anderen wird das geplante strukturelle Defizit des Bundes im Jahr 2016 bei etwa 0,01 Prozent liegen. Das strukturelle Defizit ist derjenige Teil des Gesamtdefizits der öffentlichen Haushalte, der dauerhaft ist und sich nicht im Verlauf von Konjunkturzyklen auf- oder abbaut. Das bedeutet, dass 2016 der Bund erstmals seit 1969 wieder einen zwischen Einnahmen und Ausgaben annähernd ausgeglichenen Haushalt bekommt.

Wie bedeutsam diese Leistung der Regierung ist, macht die Ausgangslage für die Entwicklung der deutschen Staatsfinanzen deutlich, nämlich sich seit vier Jahren wechselseitig bedin-

gende Finanzmarkt-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrisen. Seit vier Jahren werden von Ökonomen, von der Opposition und vom Ausland immer wiederkehrend das Ende unseres Wohlstandes, das Ende des Euro, wirtschaftliche Depression, Massenarbeitslosigkeit oder gar Staatspleiten an die Wand gemalt. Keines dieser Menetekel ist Wirklichkeit geworden, und das liegt ganz klar an der vorausschauenden Krisenbewältigungspolitik Angela Merkels und Wolfgang Schäubles. Ihre Führungsrolle in Europa liegt in ihrer Politik begründet: Seit vier Jahren hat unsere Regierung mit Umweltprämie, Kurzarbeitergeld, gesetzlichen Maßnahmen zur Wachstumsbeschleunigung bis zur Installation eines europäischen Stabilitätsvertrags samt Schuldenbremse und dauerhaftem Euro-Schutzschirm Maßstäbe gesetzt.

In Deutschland übersteigen die zu erwartenden Steuereinnahmen die Schätzungen, die Arbeitslosigkeit sinkt, die Bürger konsumieren, die Wirtschaft läuft auf Hochtouren – und jetzt kann Wolfgang Schäuble 2016 sogar einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

Wie hoch Schäubles haushaltspolitischer Erfolg in diesem Krisenumfeld zu bewerten ist, wird deutlich, wenn man sich an dessen Vor-Vorgänger Hans Eichel erinnert, der 1999 vollmundig angekündigt hatte, er werde bis 2006 mit der größten „Sparaktion in der Geschichte der Bundesrepublik“ die Nettokreditaufnahme des Bundes auf Null senken. Eichel wie auch sein Nachfolger Steinbrück scheiterten krachend mit ihren Versprechungen, und zwar am eigenen Unvermögen und am mangelnden Sparwillen ihrer eigenen Partei.

Angela Merkel und Wolfgang Schäuble sind auch in den nächsten Jahren die Garanten für eine haushalts-, wirtschafts- und finanzpolitisch gute Entwicklung Deutschlands und Europas.

„Ja zur Verantwortung“

Gauck zum neuen Bundespräsidenten gewählt – Freiheit zentrales Thema

Der ostdeutsche Theologe Joachim Gauck ist neuer Präsident der Bundesrepublik Deutschland. Gauck wurde am Sonntag von einer überwältigenden Mehrheit der 15. Bundesversammlung zum Nachfolger von Christian Wulff gewählt. Nach seiner Wahl zum elften Bundespräsidenten Deutschlands sagte der 72-Jährige: „Ich werde nicht alle Erwartungen erfüllen können, aber ich kann eines versprechen, dass ich mit all meinen Kräften und dem Herzen Ja sage zu der Verantwortung, die Sie mir heute übertragen haben.“

Gauck wurde mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen gewählt, die ihn gemeinsam als Kandidaten nominiert hatten. Auf den ehemaligen Pfarrer und Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde entfielen rund 80 Prozent der Delegiertenstimmen.

In seiner kurzen Ansprache nach der Wahl stellte Gauck die Freiheit in den Mittelpunkt. Aus dem Glück der Freiheit wachse aber auch die Pflicht zur Verantwortung, sagte er. Sowohl die Wahlbevölkerung als auch die Gewählten müssten für ihr Land Verantwortung übernehmen. Ziel sei es, das Land so zu gestalten und es unseren Kindern so anzuvertrauen, dass auch sie zu diesem Land „unser Land“ sagen könnten.

Am Samstag vor der Wahl hatte der



Gauck nach der Wahl

Foto: Tobias Koch

Parteilose Gauck auf Stippvisiten bei den Fraktionen erneut für Vertrauen in seine Person geworben. In der Unionsfraktion hatte er bereits bekräftigt, dass er die „Freiheit“ zum zentralen Element seiner Präsidentschaft machen wolle. Es sei für ihn „etwas Besonderes, ein Land mitgestalten zu dürfen, in dem die Freiheit die Grundlage des Gemeinwesens ist“.

„Die Idee Europa leuchtet noch immer“

Vor dem Hintergrund der Euro-Schuldenkrise bekannte sich Gauck eindeutig zur Idee eines geeinten

Europas. „Für mich leuchtet die Idee Europa immer noch“, sagte er. Man dürfe sie „nicht preisgeben unter dem Ansturm von Zahlen“, betonte er mit Blick auf die Debatte um Hilfen für notleidende Euro-Staaten, allen voran Griechenland. Dabei erinnerte Gauck an Altbundeskanzler Helmut Kohl, der die Vollendung der deutschen Einheit ebenfalls über ökonomische Bedenken gestellt habe.

Der neue Bundespräsident kündigte an, den Weg, den sein Vorgänger Christian Wulff in Sachen Integration ausländischer Mitbürger eingeschlagen hatte, weiterzugehen. Gauck verteidigte darüber hinaus den Parteienstaat und die repräsentative Demokratie. Die gewählten Abgeordneten seien „Frauen und Männer aus unserer Mitte“, betonte er.

Fairness für Wulff

Wie Gauck würdigten auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundestagspräsident Norbert Lammert die Verdienste des vorherigen Bundespräsidenten Christian Wulff, der wegen des Vorwurfs der Vorteilsannahme am 17. Februar nach nur knapp 20 Monaten aus dem Amt geschieden war.

Lammert forderte Fairness für Wulff. Hinsichtlich der Rolle der Medien in der Affäre sagte der Bundestagspräsident, manches sei weder



Die Delegierten der 15. Bundesversammlung

Foto: Tobias Koch

notwendig noch angemessen, sondern würdelos gewesen. „Es gibt durchaus Anlass für selbstkritische Betrachtungen, nicht nur an seine Adresse“, sagte Lammert. Zwar brauche Demokratie Transparenz und Kontrolle, doch gründe sie auch „auf Vertrauen in ihre Repräsentanten“.

Merkel, Lammert und Gauck würdigten die symbolische Bedeutung des 18. März für Deutschland. Der Bundestagspräsident verwies auf den „ersten radikaldemokratischen Versuch“ am 18. März 1793, der als „Mainzer Republik“ in die Geschichte einging, auf den 18. März 1848, den Tag der ersten deut-

schen Revolution, die ein Jahr später die Paulskirchen-Verfassung hervorbrachte, und den 18. März 1990, den Tag der ersten freien Volkskammerwahl in der DDR. Jenen 18. März, an dem er im Alter von 50 Jahren erstmals frei wählen durfte, werde er „nie vergessen“, bekannte Gauck.

„So wahr mir Gott helfe“

Auszüge aus der Predigt von Prälat Karl Jüsten vor der Bundesversammlung

„Liebe Schwestern und Brüder, ...

Im Römerbrief heißt es ‚Lass Dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem‘. ...

Dieser Anspruch gilt insbesondere für Politikerinnen und Politiker, für alle, die in den Ministerien, in der Verwaltung, in der Wirtschaft, in unserem Bildungssystem, in den Medien und in unseren sozialen Einrichtungen Verantwortung tragen. Es geht immer um das ‚bonum commune‘. ...

Es ist in einer Zeit, in der das Ansehen der politischen Klasse schwindet, aber auch notwendig, einmal hervorzuheben, dass die weit überwiegende Zahl der in diesem Bereich Tätigen dem ‚bonum commune‘ mit Anstand, Fleiß und Ausdauer, wahrhaftig und ehrbar dienen wollen. Dieser Gottesdienst aus Anlass der Bundesversammlung bietet eine gute Gelegenheit, all jenen zu danken, die sich in unserem Land haupt- und ehrenamtlich für das Wohl der Anderen einsetzen.

In meinen Dank für die Politikerinnen und Politiker möchte ich auch den soeben aus dem Amt geschiedenen Altbundespräsidenten Christian Wulff einbeziehen... Um vieles hat er sich verdient gemacht. ...

Nächstenliebe und Wahrhaftigkeit

Wenn ein herausragendes Staatsamt übertragen wird, muss ein Eid abgelegt werden... Dieser Amtseid ist ein hoher Anspruch. Wer ihn in seiner ganzen Dimension erfasst, wird demütig und bescheiden. ...

Den Amtseid legen die meisten Politiker nach wie vor mit der *Invocatio Dei* ab: „So wahr mir Gott helfe“. Dies



Ökumenischer Gottesdienst vor der Bundesversammlung

Foto: Markus Schreiber/Pool/dapd

ist ein starkes Bekenntnis... Wer öffentlich Gott um Hilfe anruft, bezeugt, dass er an ihn glaubt, und anerkennt, dass er all sein Tun und Unterlassen an seinen Maßstäben ausrichten möchte. Für uns Christen sind diese im Gebot der Nächstenliebe zusammengefasst. Ich halte die Realisierung der Nächstenliebe in einer freiheitlich demokratischen Gesellschaft für die Grundtugend, von der die Qualität menschlichen Zusammenlebens wesentlich abhängt. ...

„Halten wir Maß!“

In jüngerer Zeit spüren wir mehr und mehr, dass eine weitere Tugend größere Relevanz bekommen hat: die Wahrhaftigkeit. Ihre Realisierung wird zu recht von allen erwartet, die öffentlich für sich Relevanz beanspruchen. ...

Auch an das Amt des Bundespräsidenten werden sehr hohe Erwartungen geknüpft. Mir erscheint es schier unmenschlich, dass diese alle von einer Person erfüllt werden können, deshalb habe ich drei Bitten. Die erste richtet sich an uns Bürgerinnen und Bürger: Halten wir Maß! Überfordern wir unser neues Staatsoberhaupt nicht mit zu hohen Erwartungen. Ich habe auch eine Bitte an die oder den Gewählten: Führen Sie Ihr Amt so, dass wir nicht schon bald wieder zusammenkommen müssen. Ebenso habe ich einen Wunsch an die Medien und Meinungsbildner: Haben Sie bei der notwendigen kritischen Begleitung den nötigen Respekt vor dem Amtsinhaber – und lassen auch Sie sich an dem Gebot der Wahrhaftigkeit messen! ... Amen“

Bundestag will Menschen zur Organspende ermutigen

Debatte über Änderung des Transplantationsgesetzes – Entscheidungslösung statt Zustimmungslösung



Volker Kauder im Plenum

Foto: Tobias Koch

Alle Bürger sollen künftig offensiv nach ihrer Bereitschaft zur Organspende gefragt werden. „Es geht darum, unter welchen Voraussetzungen wir in der Transplantationsmedizin zu größerem Erfolg kommen“, sagte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder in der ersten Lesung zur Änderung des Transplantationsgesetzes. Abgeordnete aller Fraktionen hatten sich nach langen Verhandlungen auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt. Die seit 1997 geltende Zustimmungslösung soll durch die sogenannte Entscheidungslösung abgelöst werden.

Kauder wies auf die Dringlichkeit der Gesetzesänderung hin: „Es warten etwa 12.000 Menschen auf ein Spenderorgan.“ Nierenkranke Menschen beispielsweise hoffen, dass sie mit einem neuen Spenderorgan endlich nicht mehr auf eine Dialyse angewiesen sind. Für viele ist ein Spenderorgan sogar lebensrettend.

Kein Rechtsanspruch auf Organspende

Niemand dürfe zu einer Organspende gezwungen werden, betonte Kauder. Er hoffe allerdings, dass sich auf-

grund der Entscheidungslösung mehr Leute mit dem Thema auseinandersetzen werden. Die Entscheidung für oder gegen eine Organspende sei eine höchst persönliche Angelegenheit. Der Staat allerdings müsse „positiv“ um mehr Spender werben. Kauder machte gleichzeitig klar, dass es keinen Rechtsanspruch auf eine Organspende gibt. Insofern könne man nicht erwarten, dass es mit dem neuen Gesetz sprunghaft zu einem Anstieg der Organspenden kommen werde.

„Zeitpunkte und Orte der Entscheidung schaffen“

Kauder bedauerte, dass es derzeit noch nicht möglich sei, die Organspendebereitschaft auf der Gesundheitskarte zu dokumentieren. Dennoch sieht der Gesetzentwurf diese Möglichkeit vor, wenn die technischen Voraussetzungen dafür gegeben sind.

Aus Sicht des gesundheitspoliti-

schen Sprechers der Unionsfraktion, Jens Spahn, ist jeder Einzelne verpflichtet, sich allein aus Nächstenliebe mit der Organspende auseinanderzusetzen. Es klaffe eine „sehr offensichtliche Lücke“ zwischen der Bereitschaft der Bevölkerung zur Organspende, wie sie in Umfragen immer wieder bekundet werde, und der Umsetzung dieser Bereitschaft in konkretes Handeln – indem man sich tatsächlich einen Organspendeausweis besorge. Mit dem Gesetz würden „Zeitpunkte und Orte der Entscheidung und der Diskussion über Entscheidung“ geschaffen, sagte Spahn.

Entscheidungslösung

Für Organspenden soll künftig die sogenannte Entscheidungslösung gelten. Danach werden Bürger von ihren Krankenkassen regelmäßig über das Thema informiert und mit der Frage konfrontiert, ob sie selbst zu Organspenden bereit wären. Darüber hinaus sollen die Behörden bei der Ausgabe von amtlichen Ausweisen – zum Beispiel Reisepass oder Führerschein – Informationen zur Organspende ausgeben. Die Bürger sind allerdings nicht gezwungen, sich auf ein Ja oder Nein festzulegen. Haben sie sich nicht eindeutig geäußert, können die Angehörigen nach dem Tod des potenziellen Spenders über eine Organentnahme entscheiden.

Bislang galt in Deutschland die Zustimmungslösung. Danach ist nur derjenige Organspender, der einen Spenderausweis trägt. Gleichwohl ist es möglich, dass Menschen ohne Spenderausweis nach ihrem Tod Organe entnommen werden, wenn die Angehörigen zustimmen. In einigen Ländern Europas wie Luxemburg, Österreich und Polen gilt die Widerspruchslösung. Das bedeutet, dass Menschen, die ihren Widerspruch nicht offiziell haben registrieren lassen, nach ihrem Tod als Organspender in Frage kommen.

Assad muss Friedensplan annehmen

Syrischer Präsident hat sein Land in den Bürgerkrieg getrieben

Präsident Baschar al-Assad und seine Sicherheitsleute haben Syrien systematisch in den Bürgerkrieg getrieben. Was zu Anfang der Protestbewegung vor einem Jahr nur eine leise Befürchtung war, ist blutige Realität geworden. Laut UN-Generalsekretär Ban Ki Moon sind inzwischen mehr als 8.000 Todesopfer zu verzeichnen.

Angesichts dieser Entwicklung unterstreicht die Unionsfraktion die Forderung der Bundesregierung und der internationalen Gemeinschaft nach einem sofortigen Ende der Gewalt. Der Friedensplan des Sondergesandten der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga, Kofi Annan, muss unverzüglich umgesetzt werden. CDU/CSU fordern gemeinsam mit

der Bundesregierung einen sicheren und unbeschränkten Zugang für humanitäre Helfer, die Freilassung von Gefangenen und den Rückzug der Sicherheitskräfte aus den Protesthochburgen. Verbrechen müssen von unabhängigen, internationalen Ermittlern aufgeklärt werden.

Die EU hat auf Betreiben Deutschlands ihre Sanktionen gegen das Regime bereits verschärft. Die Arabische Liga hat am 22. Januar einen Plan für eine politische Lösung vorgelegt. Ende Februar trafen sich die „Freunde Syriens“ in Tunis. Arabische und europäische Staaten berieten gemeinsam mit den USA, wie der Druck auf Assad erhöht werden kann.

Ziel ist es, Assad politisch zu isolie-

ren, ein wirksames Sanktionsregime aufzubauen und die Opposition zu stärken. Denn der syrische Präsident wird nur auf Druck reagieren. Er kann keine konstruktive Rolle für die Zukunft seines Landes spielen. Seit Beginn der friedlichen Demonstrationen im März 2011 hat er es versäumt, politische Reformen in die Wege zu leiten.

Parlamentswahlen sind eine Farce

Die für Mai angesetzten Parlamentswahlen sind eine Farce, da Assads Regime von Anfang an auf Einschüchterung und Terror gesetzt hat. Assad selbst hat die Demonstranten als „vom Ausland gesteuerte Mörderbanden“ bezeichnet. Er gedenkt weiter, „mit eiserner Faust“ vorzugehen.

Deshalb: Nur wenn Assad abtritt und die Spitzen der Sicherheitsapparate ihre Macht verlieren, kann ein Versöhnungs- und Wiederaufbauprozess in Gang kommen.

Es geht um das Schicksal der Menschen und um unsere Sicherheit. Denn in Syrien gibt es Massenvernichtungswaffen. Ein vom Bürgerkrieg zerrissener, instabiler Staat, von dem aus Extremisten Terroranschläge planen könnten, wäre eine Gefahr für die Stabilität im Nahen Osten und eine ernste Bedrohung für die Sicherheit Israels und Europas.



Foto: Rodrigo Abd/AP

Fragen und Antworten zum Fiskalvertrag

Neuer Flyer der Fraktion

Der Fiskalvertrag ist der zentrale Baustein einer neuen Stabilitätskultur in Europa. Mit ihm geht die Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten eine der fundamentalen Ursachen der Schuldenkrise in der Euro-Zone an: die mangelnde Haushaltsdisziplin.

Der Vertrag soll zum 1. Januar 2013 in allen unterzeichnenden Staaten in Kraft treten. Der Flyer mit dem Titel



© ErickN - Fotolia.com

„Ein wichtiger Schritt für Europas Zukunft – 12 Fragen und Antworten zum Fiskalvertrag“ informiert Sie über die Einzelheiten.

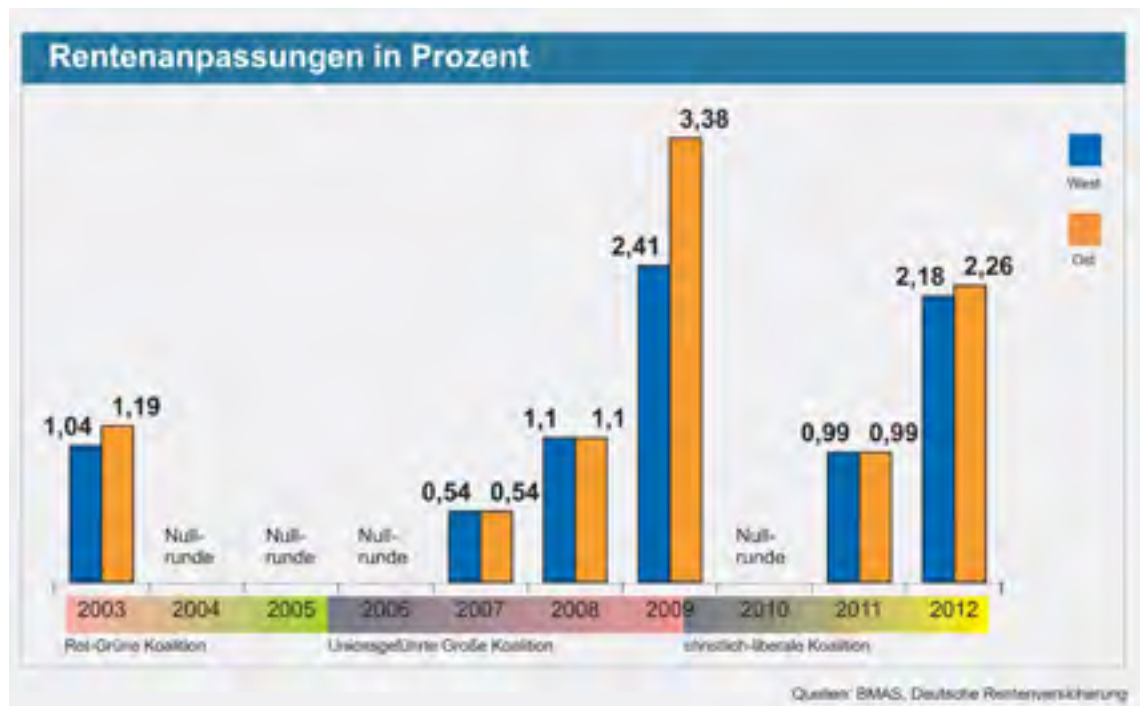
Dieser Flyer und weitere Publikationen der Fraktion können unter fraktion@cducsu.de bestellt werden. Unter www.cducsu.de/publikationen stehen sie zum Download bereit.

Rentner erhalten mehr Geld

Die etwa 20 Millionen Rentner in Deutschland erhalten vom 1. Juli an mehr Geld. Im Westen steigen die Altersbezüge um 2,18 Prozent, im Osten um 2,26 Prozent. Die Ruheständler

erhalten damit ihren Anteil am wirtschaftlichen Aufschwung 2011, der mit Lohnsteigerungen und einem deutlichen Beschäftigungszuwachs verbunden war. Die letzte größere

Rentenerhöhung hatte es 2009 gegeben. 2010 gingen die Rentner wegen der Wirtschaftskrise leer aus. Wie sich die Renten im vergangenen Jahrzehnt entwickelten, zeigt die Grafik.



Fraktion in Aktion

Qualitätsschub im Klassenzimmer

Fachgespräch zur Verbesserung der Lehrerbildung

Bereits im kommenden Jahr soll es losgehen: Damit die Bildungsrepublik ihr Ziel erreicht, soll die Ausbildung der Lehrer verbessert werden. Dies wollen Bund und Länder mit einem Förderwettbewerb voranbringen. Welche Verbesserungen konkret erzielt werden sollen, darüber debattierten Bildungspolitiker der Fraktion mit schulpolitischen Sprechern der Landtage am Montag in einem Expertengespräch.

120 Hochschulen betreiben heute Lehrerbildung, jedoch auf sehr unterschiedlichem Niveau. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Michael Kretschmer betonte: „Die Lehrerbildung darf nicht länger das fünfte Rad am Wagen sein. Lehrer tragen hohe

gesellschaftliche Verantwortung. Wir wollen erreichen, dass Lehrer künftig mit einem guten Anwendungswissen in den Beruf starten.“

Motivationsschreiben und Auswahlgespräch

Der PISA-Experte Manfred Prenzel betonte, vielerorts sei die Lehrerbildung kaum auf die Herausforderung Klassenzimmer ausgerichtet. Prenzel steht in München der „TUM School of Education“ vor, einer Vorbildeinrichtung. Wer dort studieren will, muss ein Motivationsschreiben verfassen und ein Auswahlgespräch absolvieren. Die Professorin für Schulpädagogik, Felicitas Thiel, von der FU Berlin

unterstrich, die Praxis des Lehrerberufs müsse früh in geschützten Lehrräumen und mit videogestützten Lernarrangements trainiert werden, bis sich Routine einstelle. Dazu gehöre auch der Umgang mit Unterrichtsstörungen.

Kurt Reusser, Professor für pädagogische Psychologie und Didaktik an der Universität Zürich, betonte: „Lehrerhandeln ist keine reine Theorieanwendung.“ Das beste Wissen über guten Unterricht nütze nichts, wenn es nicht umgesetzt werden könne. Angehende Lehrer bedürften eines studienbegleitenden Coachings. Zum Beispiel könne die Mediziner Ausbildung Vorbild sein.

Industrie ist das Rückgrat der Wirtschaft

Unionskongress diskutierte über stabile Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer hervorragenden Verfassung: über drei Prozent Wachstum in den beiden letzten Jahren, weniger als drei Millionen Arbeitslose und die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit unter den großen Volkswirtschaften der EU. Die Industrie hat daran einen großen Anteil. Sie ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaft und hat sich zum Referenzmodell für unsere Partner in Europa und in der Welt entwickelt.

Über die zukünftige Gestaltung stabiler Rahmenbedingungen für Industrie und Arbeitsplätze diskutierten am 21. März 2012 mehr als 200 Gäste aus Industrie, Verbänden und Politik auf einem Kongress der CDU/CSU-Fraktion im Reichstag. In seinem Eingangsstatement hob der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Michael Fuchs die entscheidende Rolle gerade der klassischen Industriezweige wie des Maschinenbaus, der Chemie oder der Automobilindustrie bei der Überwindung der Wirtschaftskrise hervor. Die Welt beneide Deutschland um seine breiten Wertschöpfungsketten, sagte er. Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt, betonte die Bedeutung einer flächendeckenden Infrastruktur. Vor diesem Hintergrund stellten sich die Teilnehmer des Kongresses die Frage, wie der Industriestandort Deutschland auch in Zukunft seine Wettbewerbsfähigkeit erhalten kann.

„Nur eine gerechte Wirtschaftsordnung hat Bestand“

Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder erinnerte an die Ordnungsprinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Gewinne seien Voraussetzung für Investitionen, sagte er. Wettbewerb dürfe aber nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen wer-

den. Nur eine gerechte Wirtschaftsordnung, in der sich Leistung lohne, habe auf Dauer Bestand. Wirtschaft und Politik seien hier gleichermaßen gefordert. Kauder verteidigte in diesem Zusammenhang die Forderung, den Steuertarif an die Preisentwicklung anzupassen. Lohnerhöhungen müssten auch tatsächlich in der Lohntüte ankommen.

mischen Industrie, Klaus Engel, der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Markus Kerber, und der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, Michael Vassiliadis. Als zentrale Herausforderungen identifizierten sie die Sicherstellung einer verlässlichen und bezahlbaren Energieversorgung, die Überwindung



© Maroš Markovi- Fotolia.com

Bundeskanzlerin Angela Merkel verteidigte die Politik zur Rettung des Bankensystems und zur Stützung des Euro. Ohne ein funktionierendes Bankensystem und eine intakte Währung gäbe es keine gesunden Unternehmen und damit auch keine Arbeitsplätze, betonte sie. Das Schicksal Europas sei mit dem Deutschlands untrennbar verbunden.

Energie muss bezahlbar bleiben

Bei der anschließenden Podiumsdiskussion ging es um die Themen Energiepolitik, demografischer Wandel, Qualifikation von Arbeitskräften und Zusammenarbeit der Tarifpartner. Daran beteiligten sich die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Umwelt der Unionsfraktion, Marie-Luise Dött, der Präsident des Verbandes der Che-

einer weit verbreiteten Wirtschaftsskepsis, die Gefahr eines allzuständigen Staates und die Notwendigkeit einer Qualifikationsoffensive für die nächste Generation.

Für mehr Technologieoffenheit

In seinem Schlusswort forderte Fuchs einen Kulturwandel. Mehr Technologieoffenheit und Innovationsfreude seien das Gebot der Stunde. Nur so ließen sich die Produkte der Zukunft entwickeln. Deutschland sei dabei fest in der EU verankert. Angesichts der Machtverschiebungen in der Welt habe Europa nur als geschlossener Wirtschaftsraum mit einer gemeinsamen Währung eine Chance, seine Stimme in der Welt auch in Zukunft Gehör zu verschaffen.

„Wir wollen ein starkes Russland“

Unionskongress diskutiert Entwicklung nach der Wahl Putins

Wohin steuert Russland unter seinem künftigen Präsidenten Wladimir Putin? Wie sollen Deutschland und die EU auf die aktuellen Entwicklungen in Russland reagieren? Über diese und andere Fragen diskutierten in der vergangenen Woche Vertreter der CDU/CSU-Fraktion mit etwa 500 Gästen beim Fraktionskongress „Russland nach den Wahlen: Modernisierung oder Stagnation – Perspektiven der Partnerschaft“.

„Wir wollen ein starkes Russland, und wir wollen unseren Beitrag dazu leisten.“ Dies war eine der Botschaften, die der Unionsfraktionsvorsitzende Volker Kauder und die anderen Redner der Fraktion hervorhoben. Russland brauche für seine wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit in der globalisierten Welt Reformen – vor allem mehr Rechtsstaatlichkeit und die Beteiligung der gebildeten, aktiven Menschen der Mittelschicht an der politischen Entwicklung, sagte Kauder.

Mehr gesellschaftliche Kontrolle gefordert

Alexej Kudrin, der ehemalige russische Finanzminister, betonte als Hauptredner des Kongresses die Notwendigkeit politischer Veränderungen in seinem Land. Die Bürger forderten nun ihre Rechte ein, erklärte Kudrin. Die neue Aktivität in der Gesellschaft sei gut, um das Land voran zu bringen. Deshalb müsse der frühere und künftige Präsident Putin die Forderungen der Bürger ernst nehmen und sie einbeziehen. Politische Konkurrenz ist laut Kudrin ein wichtiges Instrument, um mehr Effizienz in der staatlichen Arbeit zu erreichen. Für einen erfolgreichen Kampf gegen die Korruption müssten die Medien gestärkt und das Justizsystem verbessert werden. Vor allem letzteres sei notwendig, um mehr ausländische Investitionen ins Land zu locken. Insgesamt sprach sich Kudrin für eine stärkere gesellschaftliche Kontrolle der Politik aus. Dafür



Andreas Schockenhoff auf dem Fraktionskongress
Foto: Tobias Koch

müsse die neue Regierung eine Strategie vorlegen.

Lilia Schewtsowa, leitende Mitarbeiterin der Carnegie-Stiftung Moskau, äußerte die Ansicht, eine echte Modernisierung sei derzeit unmöglich. Wenn Putin wirklich Rechtssicherheit schaffen wolle, warum sei dann Wahlbetrug begangen worden? Sie frage sich, was es bringen würde, wenn es in Russland viele kleine Parteien gebe. Denn die Macht würde dennoch bei einer Partei bleiben. Sie äußerte die Hoffnung, dass Deutschland Russland bei der Modernisierung helfe.

Deutschland und EU bieten Partnerschaft an

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Andreas Schockenhoff betonte, dass das Wahlgesetz so geändert werden müsse, dass auch starke konkurrenzfähige Parteien wachsen könnten und somit freie, faire Wahlen möglich würden. Deutschland und die EU stünden für eine Modernisierungspartnerschaft bereit – beispielsweise auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit. Vor allem aber sollte die Zusammenarbeit im gesellschaftlichen Bereich ein neuer Schwerpunkt der

Kooperation werden: Die neue russische Mittelklasse sei klar an europäischen Werten ausgerichtet.

Russland braucht nach Ansicht des ehemaligen Bundeswirtschaftsministers Michael Glos mehr gut ausgebildete Facharbeiter, damit die im Land vorhandene Arbeit überhaupt geleistet werden könne. Bei der Qualifizierung könne Deutschland helfen, bot Glos an. Gunnar Wiegand, Osteuropa-Direktor beim Europäischen Auswärtigen Dienst in Brüssel, betonte, dass die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Russlands nur durch eine privilegierte Partnerschaft mit der EU zu erreichen sei.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Ruprecht Polenz, wies darauf hin, dass sich die russische Regierung bisher auch deshalb nicht so viel aus der Meinung der Wähler mache, weil sie ihre Macht darauf stütze, dass Öl- und Gaseinnahmen weiter sprudelten. Für Russlands Zukunft sei entscheidend, ob Putin es zulassen werde, dass demokratische Regeln auch und gerade dann eingehalten werden, wenn sie für ihn einen Machtverlust bedeuten würden. Erst dann sei Russland ein starkes Land.

Verdienstunterschiede von Frauen und Männern weiterhin hoch

Wiesbaden – Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen war in Deutschland im Jahr 2011 um 23 Prozent niedriger als der von Männern. Damit hat sich der unbereinigte „Gender Pay Gap“ – die Schere im Einkommen zwischen Männern und Frauen – im Vergleich zu den Vorjahren nicht verändert. Dies teilt das Statistische Bundesamt anlässlich des Equal Pay Day am 23. März mit.

Die Ursachen der Verdienstunterschiede wurden letztmalig 2006 erhoben. Da diese Faktoren sich jedoch nur langfristig verändern, dürften es im Jahre 2011 weitgehend dieselben sein. Demnach liegen die wichtigsten Gründe für die unbereinigte Lohnschere in der unterschiedlichen Berufs- und Branchenwahl von Frauen und Männern sowie in ungleich verteilten Arbeitsplatzanforderungen hinsichtlich Führung und Qualifikation. Arbeitnehmerinnen gehen eher Tätigkeiten nach, die mit tendenziell geringeren Verdienstmöglichkeiten und Anforderungen verbunden sind. Hinzu kommen weitere Faktoren wie ein niedrigeres Dienstalder und geringerer Beschäftigungsumfang. Die genannten Ursachen können rund zwei Drittel des Unterschieds in den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten erklären.

Das verbleibende Drittel des Verdienstunterschieds ist auf den bereinigten Lohnunterschied zurückzuführen. Er lag in Deutschland im Jahr 2006 bei 8,0 Prozent. Dies bedeutet, dass im Durchschnitt Arbeitnehmerinnen auch bei vergleichbarer Tätigkeit und Qualifikation im Jahr 2006 pro Stunde 8,0 Prozent weniger als Männer verdienten.



Eine Bundespräsidenten-rücktrittsversicherung abschließen? Müssen wir bei dem bestimmt nicht!!



Zeichnung: Stuttmann

Termine (veranstaltungen.cducusu.de)

26. März 2012	Kongress Finanzaufsicht
26. März 2012	Fachgespräch Belange von Menschen mit Behinderungen
27. März 2012	Workshop der Koalitions-AG Ländliche Räume
28. März 2012	Kongress Digitale Wirtschaft
25. April 2012	Dritter Rohstoffkongress

„Fraktion direkt“ bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Deutsche gehen selten ins Kino

Wiesbaden – Im Jahr 2011 ging jeder Einwohner Deutschlands im Durchschnitt nur 1,6 Mal ins Kino. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, lag Deutschland damit unter dem EU-Durchschnitt von 1,9 Kinobesuchen pro Jahr. In keinem anderen EU-Land

ist die große Leinwand so beliebt wie in Irland. Dort ging 2011 jeder Einwohner durchschnittlich 3,6 Mal ins Kino. Auch in Frankreich (3,4 Kinobesuche pro Jahr) und dem Vereinigten Königreich (2,7) waren die Filmtheater populärer als in Deutschland.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ www.cducusu.de
 Der Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ blogfraktion.de
 Fraktion direkt ➔ www.cducusu.de/fd

(Bitte auf den Pfeil klicken.)



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt